

lifizierten Arbeitskräften am 1. Oktober 2006 neue Regularien des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherung in Kraft getreten. Diese berechtigen ausländische beruflichsbildende Bildungseinrichtungen zur Kooperation mit chinesischen Partnern. Chinesische Berufsausbilder mit ausländischen Investitionspartnern müssen demnach mindestens 200 Auszubildende haben; Anlageninvestitionen und eingetragenes Kapital der Kooperationspartner müssen höher als 500.000 CNY sein. (XNA, 25.10., 23.11.06; Xinhua, 18.8.06; *China Statistical Yearbook 2006*)

Gesellschaft

Günter Schucher

Wachsende Ungleichheit

Dass die Ungleichheit in China weiter wächst, ist seit langem bekannt und wurde durch neuere Publikationen erneut bestätigt. So stieg der GINI-Koeffizient, ein international anerkannter Maßstab für Ungleichheit, nach Angaben des *UN Human Development Reports 2005* bis Ende 2004 auf 0,45, wobei 0,4 als kritische Grenze gilt. Die ärmsten 20% der Chinesen nehmen dabei nur 4,7% des gesamten Einkommens mit nach Hause, während die reichsten über 20% über 50% des Einkommens verfügen.

Nach Untersuchungen des Economic Research Institute bei der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Städter im Jahr 2005 10.493 CNY, das der Bauern nur 3.255

CNY. Das Einkommen der Städter lag damit nicht nur um das 3,2-fache höher, die Differenz ist auch seit 1995 noch gestiegen (damals betrug sie das 2,8-fache).

Bereits diese Angaben stellen den Erfolg des Vorhabens von Staatspräsident Hu Jintao in Frage, die Einkommensunterschiede abzubauen, das bei der Vorstellung des Programms zur „harmonischen Gesellschaft“ erneut betont wurde. Chinas Wirtschaftsreformen sollen „nicht geteilte Armut“ in „ungleichen Wohlstand“ verwandeln, erklärte Hu noch im letzten Mai; alle Chinesen sollen Nutzen von den Reformen haben.

Eine jüngste Untersuchung der Weltbank erschütterte jetzt noch eine weitere Vorstellung, dass nämlich trotz größer werdenden Differenzen letztlich doch das Einkommen aller steigt – oder: „rising tide lifts all boats“. Nach dieser Analyse nahm in den Jahren 2001 bis 2003 das Realeinkommen der ärmsten 10 Prozent in China um 2,4% ab, während die Wirtschaft um knapp 10% pro Jahr wuchs. Im gleichen Zeitraum stieg das Einkommen der reichsten 10 Prozent um über 16%. Die Gründe für das sinkende Einkommen sind dabei noch unklar. (ST, 23.11.06; XNA, 1.10.06)

Mehr Rechte für Wanderarbeiter?

„Sie sind ein Teil von uns“, wird einer der stellvertretenden Bürgermeister Beijings in der *Beijing Star Daily* zitiert. Ji Lin spricht von den 3,57 Mio. Wanderarbeitern in der chinesischen Hauptstadt (24% der 15 Mio. Einwohner) und berichtet davon, dass die Stadt eine Änderung des Aufenthaltsrechts,

des Statuts zum „temporary hukou“ vorbereitet. Ähnliche Reformansätze gibt es schon seit 2001 in einigen Städten in den Provinzen Hubei, Anhui und Henan. Auch die Städte Harbin und Mudanjiang in der Provinz Heilongjiang bereiten eine Änderung im System der Haushaltsregistrierung vor, das bisher noch die Land- von der Stadtbevölkerung administrativ unterscheidet und so die Grundlage für eine Diskriminierung ländlicher Arbeitskräfte in den Städten darstellt. In Shanghai sollen diese zumindest beim lokalen Mindestlohn den Einwohnern gleichgestellt werden. Bisher allerdings waren diese Reformversuche wenig erfolgreich, weshalb Kritiker fordern, zunächst die Lebens-, Arbeits- und sozialen Bedingungen selbst zu ändern.

Die Ansätze weisen allerdings erneut auf ein Umdenken hinsichtlich der Bedeutung der Wanderarbeiter für die städtische Wirtschaft hin. Ihre Arbeitskraft und ihr Einsatz in besonders unbeliebten, schweren, gefährlichen und schlecht bezahlten Bereichen wird – vor allem auch angesichts der demografischen Alterung – als wichtig erachtet, zugleich setzen sie die städtischen Dienstleistungs- und Versorgungssysteme einem erhöhten Druck aus. Wanderarbeiter stellen große Teile der städtischen Bevölkerung. Während jedoch bisher Kontrolle und Einschränkung der Migrationsströme als Lösung angesehen wurden, scheinen die städtischen Verwaltungen jetzt zu realisieren, dass diese eher in der Ausweitung und Verbesserung der Dienstleistungen für die Wanderarbeiter liegen. Dies würde auch einem Trend bei den Wanderarbeitern entsprechen, deren Mehrheit laut dem Nationalen Statistikbüro (NBS) hofft, in den Städten bleiben zu können, und die daher

auch stärker als früher auf eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitssituation drängen.

Diesem Gedanken folgend gibt es eine Fülle von Untersuchungen über die Migranten, die deren Problemlage anschaulich wiedergeben, aber mit ihren sehr abweichenden Zahlenangaben auch deutlich machen, dass nur wenig gesichertes Wissen vorliegt. So schwanken allein die jüngsten Zahlen zum Umfang der Migration zwischen 114,9 Mio. (Landwirtschaftsministerium) und über 200 Mio. (Gewerkschaftsverband und Nationale Entwicklungs- und Reformkommission).

Wanderarbeiter stellen 80% der 30 Mio. chinesischen Bauarbeiter, 56% der Beschäftigten in den gefährlichen Bereichen Bergbau, Chemikalien und Feuerwerk; in den Städten arbeiten 24,2% von ihnen in der Industrie, 21,1% im Baugewerbe und rund 50% im Handels- und Dienstleistungsbereich.

Die Lohnsituation gehört zu den großen Sorgen der Migranten, nicht nur weil ihnen vielfach generell Löhne vorenthalten werden. Laut NBS verdient die Hälfte von ihnen weniger als 800 CNY im Monat, 19,7% sogar weniger als 500 CNY. Das Durchschnittseinkommen soll bei 966 CNY, also 93 EUR liegen (852 laut Landwirtschaftsministerium), da ca. 10% ein Einkommen von 1.500 CNY haben. Die durchschnittlichen Ausgaben belaufen sich auf 463 CNY (72 CNY für Wohnen, 235 für Lebensmittel, 47 für Unterhaltung).

Die Untersuchungen zeigen auch ein gewisses Umdenken bei den Wanderarbeitern, die stärker auf ihre Ausbildung achten und höherwertige Tätigkeiten anstreben. Diese gestiegenen Job- und Einkommen-

serwartungen werden auch mit als Erklärung angeführt, um die Verlagerung der Migrationsströme von Süd- nach Ostchina zu begründen. Ca. 43,6% arbeiten in den Provinzen Guangdong (wo seit über drei Jahren Arbeitskräftemangel beklagt wird) und Fujian, 9,4% weniger als noch im Jahr 2002.

Problematisch ist für Wanderarbeiter auch die Frage der Arbeitsplatzsicherheit. Dem Frauenverband zufolge hat die Hälfte der weiblichen Wanderarbeiter keine Arbeitsverträge. Nur 22 Mio. sind in eine Unfallversicherung einbezogen, 18,4 Mio. in die Krankenversicherung. 26,3% arbeiten laut NBS regelmäßig 9-10 Stunden die Woche, 13,6% sogar länger. 37% haben nur einen Tag in der Woche frei. Andererseits erhalten 50% keine Bezahlung für Überstunden und 80% haben keine bezahlten Urlaubstage.

Der Vertragssituation gilt auch ein Augenmerk des Allchinesischen Gewerkschaftsverbandes, der in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 2006 6,5 Mio. Wanderarbeiter rekrutierte und damit sein Jahresziel erreichte; rund 29,5 Mio. insgesamt sollen Gewerkschaftsmitglied geworden sein, 8 Mio. sollen jährlich in den nächsten drei Jahren dazukommen. Aber auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern haben nur 39,5% der Migranten Arbeitsverträge. Hier sollen auch von der Gewerkschaft ausgehandelte Kollektivverträge Abhilfe schaffen. (XNA, 5., 11., 13., 21., 22., 25., 29.10., 13., 16., 17., 22.11.06; SCMP, 16.10.06)

Sicherheit von Kohleminen bleibt Politikum

Chinas Kohleminen gehören zu den gefährlichsten der Welt. Konnte im Spätsommer noch auf gesunkene Unfallzahlen verwiesen werden, so änderte sich dies im Herbst, als die „Saison“ wieder begann. Mit dem herannahenden Winter steigt die Nachfrage und auch die Industrie steigert die Produktion, um ihre Ziele zum Jahresende zu erreichen. Die Folge waren zahlreiche größere Minenunfälle mit erneut vielen Todesfällen. Im Vergleich zum September 2006 stieg die Zahl der Unglücke im Oktober um 26,1%, die Zahl der Todesfälle um 44,4%, berichtete Li Yizhong, Chef der State Administration of Work Safety (SAWS).

Die chinesische Regierung und vor allem auch SAWS versuchen seit längerem der Lage Herr zu werden. Z.B. durch Kontrollen: Das Ministerium für Land und Ressourcen entdeckte bisher 65.313 unlicenzierte Minen, 4.509 unautorisierte Ausgrabungen und 1.365 illegale Transfers von Minenrechten. Z.B. durch Richtlinien: SAWS verfügte Richtlinien, nach denen die Zahl der Minenarbeiter pro Schicht auf 100 beschränkt wurde. Die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission will nur noch neue Kohleminen genehmigen, die eine Produktionskapazität von mehr als 300.000 Tonnen pro Jahr haben. Z.B. durch Strafregelein: SAWS macht immer wieder staatliche Kader für die Unfälle mitverantwortlich und versucht, diese durch schärfere Strafandrohungen zur Mitarbeit bei der Sicherung der Minen anzu-

halten. Die strafbaren Handlungen geben dabei ein deutliches Bild vom Verhalten der Kader. Strafbar sind nämlich die Genehmigung von Projekten, die die Sicherheitsbestimmungen nicht einhalten; Ignoranz gegenüber unsicheren Produktionsbedingungen; die Verhinderung des Einsatzes von Sicherheitsausrüstungen; die Vertuschung von Unfällen; die Behinderung von Untersuchungen; das Halten von Anteilen an Kohleminen – auch durch Familienmitglieder; die Erlaubnis zur Fortführung von Projekten nach Einzug der Lizenz.

Die Macht der lokalen Kader allerdings scheint kaum zu überwinden zu sein. Eine der Hauptmaßnahmen zur Schaffung von Sicherheit ist die Schließung von kleinen Kohleminen. 7.000 der 17.000 kleinen Minen sollten nach bisherigen Planungen bereits bis Ende 2008 geschlossen werden. Jetzt musste die Regierung unter dem Druck der Lokalregierungen, für die die Minen häufig Haupteinnahmequelle sind, einen Rückzieher machen. Die angestrebte Zahl der Schließungen ist mit 4.861 weit geringer und die übrigen sollen eher durch Zusammenschlüsse und Verbesserungen in der Sicherheitstechnik sicherer gemacht werden. Dies geschieht auch vor dem Hintergrund, dass rund 60% der im Jahr 2005 „geschlossenen“ Minen weiter produzieren. (ST, 14.10.06; XNA, 12., 14.10., 2., 7., 13., 14., 22., 27.11.06; SCMP, 18.10., 11., 27.11.06)

Fünfjahresplan des Arbeitsministeriums veröffentlicht

Am 26.10.2006 veröffentlichte das Arbeits- und Sozialministerium seinen 11. Fünf-

jahresplan (<http://www.molss.gov.cn>). Danach sollen Chinas Erwerbstätige bis zum Jahr 2010 830 Mio. zählen. Von den 50 Mio. neuen Arbeitskräften in den Städten werden 10 Mio. keine Anstellung finden, die Arbeitslosenrate kann aber bei unter 5% gehalten werden. Die Deckungsrate der sozialen Sicherungssysteme wird ausgedehnt werden, sodass in den Städten 223 Mio. Menschen in die Renten-, 300 Mio. in die Kranken-, 120 Mio. in die Arbeitslosen-, 140 Mio. in die Unfall- und 80 Mio. in die Mutterschaftsversicherung einbezogen sein werden. Ende 2005 waren dies 175 Mio., 138 Mio., 106 Mio., 85 Mio., 54 Mio. bei insgesamt 273 Mio. städtischen Erwerbstätigen.

Experten halten diese Ziele für zu optimistisch, da die verdeckte Arbeitslosigkeit in den Städten nicht berücksichtigt ist, vor allem aber die Situation der Wanderarbeiter außer Acht gelassen wird. So werden selbst laut Arbeitsminister Tian Chengping mindestens 24 Mio. Städter jedes Jahr eine Arbeit suchen, denen nur rund 11 Mio. offene Stellen gegenüber stehen; und es werden zusätzlich ca. 10 Mio. ländliche Arbeitskräfte pro Jahr auf der Suche nach Arbeit in die Städte kommen. Xia Yeliang von der School of Economics der Universität Beijing z.B. weist darauf hin, dass daher die meisten Ökonomen von 5 Mio. zusätzlichen Arbeitslosen pro Jahr ausgehen, womit im Jahr 2010 deren Zahl mindestens 25 Mio. betragen würde.

Mit Sorge betrachtet werden auch die Probleme der Hochschulabsolventen, eine Anstellung zu finden (siehe dazu die Dokumentation in der Rubrik „Bildung“). Tibet kündigte an, ab 2007 als letzte Provinz die Jobgarantie für diese Gruppe ganz aufzuhe-

ben; schon in diesem Jahr müssen sich Absolventen ohne Bachelor-Abschluss selbst eine Anstellung suchen. Schon 1988 mussten dies erstmals Absolventen in Beijing; die meisten Städte und Provinzen haben dann um das Jahr 2000 herum die „Eiserne Reisschale“ für Hochschulabsolventen abgeschafft. (XNA, 16.10., 18., 27.11.06; SCMP, 10., 18.11.06)

Lecks und Lücken in der sozialen Sicherung

Die Ausweitung des Systems der sozialen Sicherung ist Teil des Programms zur Schaffung einer harmonischen Gesellschaft. Bis zum Jahr 2020 soll daher nach Plänen des ZK das größte soziale Sicherungssystem der Welt verwirklicht sein. Dann sollen z.B. alle Bauern und Arbeiter in die Rentenversicherung und über 1 Mrd. Menschen überhaupt in die Versicherungen einbezogen sein. Dies würde allerdings erforderlich machen, dass der Staat große Summen in dieses System hineinpumpt. Schon jetzt unterstützt die Regierung die Rentenkassen mit über 50 Mrd. CNY jährlich. Chinesische Wissenschaftler sind daher nicht so optimistisch, was die Verwirklichungschancen betrifft.

Ende 2005 waren laut Arbeits- und Sozialminister Tian Chengping 558 Mio. Menschen oder 43% der Bevölkerung von den verschiedenen Versicherungen (Renten, Gesundheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Mutterschaft) erfasst. Die Prozentzahl ist fraglich, da sich die Summe von 558 Mio. Menschen aus den Einzelsummen der Versicherten in den verschiedenen Sparten zusammensetzt (siehe vorhergehende Dokumentation) und es sich durchaus z.T. um

die gleichen Personen handeln kann.

In den Sozialversicherungsfonds hatten sich 606,6 Mrd. CNY (58 Mrd. EUR) angesammelt. Diese Summe ist aber keineswegs gesichert, wie der jüngste Skandal in Shanghai zeigt. Insgesamt, so ergibt ein im November 2006 veröffentlichter Bericht des National Audit Office, wurden bisher 7,1 Mrd. CNY aus den Fonds zweckentfremdet, 2,3 Mrd. wurden vor 1999 und 4,8 Mrd. CNY danach gestohlen, um z.B. in Bauprojekte oder ausländische Investitionen umgeleitet zu werden. Generell, aber besonders auf dem Lande fehlen gesicherte Anlagemöglichkeiten. Insofern werden auch alle Pläne zur Ausweitung ländlicher Renten- und Krankenversicherungen kritisch beurteilt.

Die Rentenfonds sollen im Jahr 2005 mit 800 Mrd. CNY im Minus gestanden haben, im Jahr 2000 waren es nur 36 Mrd. Eine Ursache ist das sich ständig verschlechternde Verhältnis von Einzahlenden und Rentnern. Das durchschnittliche Renteneintrittsalter betrug im Jahr 2000 51,2 Jahre. Die gestiegene Lebenserwartung und die absehbare demografische Alterung der Gesellschaft haben die Diskussionen über seine Anhebung aufleben lassen. Das Arbeitsministerium verweist aber darauf, dass mit einer Anhebung das Problem der Arbeitslosigkeit verschärft würde.

Im Gesundheitsbereich führen die mangelnde Reichweite der Krankenversicherung und das *pay-for-service*-System dazu, dass 73% der Land- und 64% der Stadtbewohner gar nicht erst medizinische Hilfe nachsuchen. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums betrug das jährliche Durchschnittseinkommen der ländlichen Bevölkerung im Jahr 2003 2.622 CNY, die

durchschnittlichen medizinischen Kosten allerdings 2.236 CNY. Ein neues Gesundheitssystem, das für alle erschwinglich wäre, würde rund 150-200 Mrd. CNY kosten, schätzt eine Expertin des Development Research Center des Staatsrats. 100 Mrd. CNY könnte das Finanzministerium eventuell schon bald für das Gesundheitswesen zur Verfügung stellen. Es würde damit einem Aufruf von Staatspräsident Hu Jintao vor dem Politbüro im Oktober folgen, die Gesundheitsreform zu beschleunigen und eine Grundversorgung für jedermann zu sichern. (SCMP, 13., 30.10.06; XNA, 6., 11., 26.10., 23., 27.11.06; ST, 29.11.06)

HIV-Fälle um 30% gestiegen

Das Gesundheitsministerium hat bekannt gegeben, dass die gemeldeten Fälle von HIV/AIDS-Infektionen mit 183.733 Ende Oktober 2006 gegenüber Ende 2005 um 30% gestiegen sind. 37% der Fälle wurden auf intravenösen Drogenkonsum und 28% auf ungeschützten Sex zurückgeführt. 90% der Infektionen unter Drogenabhängigen werden aus nur sieben Provinzen und autonomen Gebieten (Yunnan, Xinjiang, Guangxi, Guangdong, Guizhou, Sichuan, Hunan) gemeldet. Von den gemeldeten Fällen haben sich 40.667 zu AIDS entwickelt. 4.060 AIDS-Kranke starben in diesem Zeitraum, womit die Anzahl der AIDS-Toten insgesamt seit bekannt Werden der Krankheit Mitte der 1990er-Jahre auf 12.464 stieg. Insgesamt gibt das Ministerium die Zahl der Infizierten für Ende 2005 mit 650.000 an.

Laut Joel Rehnstrom, China-Koordinator von UNAIDS, ist der Anstieg nicht uner-

wartet, bewegt er sich doch im bisherigen Rahmen seit 1999 und ist das Ergebnis einer gestiegenen Aufmerksamkeit und verbesserter Testmethoden. Allerdings schätzt Rehnstrom die reale Zahl der HIV-Fälle in China auf das 4- bis 5-fache der gemeldeten Zahl. Hao Yang, Vizedirektor der Abteilung für Krankheitskontrollen beim Gesundheitsministerium, verglich China mit Afrika. „Im letzten Jahr haben wir herausgefunden, dass 48% der Neuinfizierten sich beim Sex infizierten, d.h. die Krankheit ist nicht länger nur auf Gruppen mit hohem Risiko beschränkt.“

Die chinesische Führung schenkt zwar dem Problem seit 2004 erhöhte Aufmerksamkeit, aber dies ist noch nicht bis zur Basis durchgedrungen, wie die Zentrale Parteischule in einer Umfrage herausfand. 60% der lokalen Parteikader widmeten der Vorsorge und Kontrolle von AIDS wenig Aufmerksamkeit und zwei Fünftel von ihnen gingen davon aus, dass China einen Impfstoff gegen die Krankheit habe. (SCMP, 18.10., 22., 23.11.06; ST, 14.10., 23.11.06; WSJ, 22.11.06)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

Diskussion um hohe Devisenreserven

Anfang November 2006 stiegen die chinesischen Devisenreserven auf einen Wert von über 1 Billion USD. Diese Entwicklung wird von einer Diskussion über die Ursachen und Folgen begleitet.

Zu den Gründen für die rasante Zu-